



Antrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **VI/2017/03513**
Datum: 27.11.2017
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto:
Verfasser: Dr. Meerheim, Bodo
Krause, Johannes

Beratungsfolge	Termin	Status
Ausschuss für Personalangelegenheiten	02.11.2017	öffentlich Entscheidung
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften	12.12.2017	öffentlich Vorberatung
Stadtrat	20.12.2017	öffentlich Entscheidung

Betreff: Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE und SPD im Stadtrat Halle (Saale) zur Einrichtung einer Fachstelle für Demokratie - gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit zur BV Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2018 sowie den Beteiligungsbericht 2016 - Vorlage: VI/2017/03365 - Stellenplan

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Halle (Saale) richtet zum 01.03.2018 eine Personalstelle „Fachstelle für Demokratie - gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit“ in der Stadt Halle (Saale) ein.

gez. Dr. Bodo Meerheim
Vorsitzender der Fraktion
DIE LINKE

gez. Johannes Krause
Vorsitzender der SPD-Fraktion

Begründung:

~~Die Schaffung einer „Fachstelle gegen Rechtsextremismus“ in der Stadt Halle (Saale) soll in deren Aufgabenbereich die Koordinierung aller Handlungsfelder zur Thematik Rechtsextremismus umfassen. Insbesondere soll die/der Inhaber/in dieser Personalstelle die Einwohner*innen der Stadt Halle (Saale) zu Anfragen beraten, Beratungsangebote vermitteln, eigene Handlungsansätze für die Stadt Halle (Saale) erarbeiten und mit Partnern der Stadtverwaltung, also zivilgesellschaftlichen Akteur*innen, zusammenarbeiten. Halle (Saale) entwickelt sich zurzeit zu einem Zentrum einer rechtsextremen Bewegung. Die Stadt Halle (Saale) wird sich gemeinsam mit Partner*innen dagegen wehren sowie gegen menschen- und demokratiefeindliche Einstellungen aktiv werden und ein demokratisches Miteinander fördern. Eine selbständig inhaltlich arbeitende Fachstelle gegen Rechtsextremismus bei der Stadt Halle (Saale) halten wir derzeit für notwendig.~~

Die Fachstelle für Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit fördert demokratische Werte und eine weltoffene Stadtgesellschaft, wird bei konkreten Anlässen wie beispielsweise rechtsextremen Aktionen in Halle (Saale) aktiv und nimmt auch demokratie- und menschenfeindliche Tendenzen in der Mitte der Gesellschaft in den Blick.

Ebenso unterstützt und stärkt die Fachstelle zivilgesellschaftliches Engagement für Demokratie und gegen Rechtsextremismus, Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und vernetzt hierzu die unterschiedlichen Akteurinnen und Akteure untereinander im Rahmen der Umsetzung der Handlungsansätze- und Konzepte der Stadt (Halle) für Demokratie und gegen Rechtsextremismus, Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.

Aufgabenbereiche der Fachstelle könnten u.a. sein:

Unterstützung und Beratung des Oberbürgermeisters sowie der Stadträtinnen und Stadträte in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus, gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und demokratiefeindlichen Tendenzen.

Erarbeitung von Handlungsansätzen und Konzepten sowie die Steuerung deren Umsetzung in ihrem Bereich. Berichterstattung über Entwicklungen zu ihrem Themenfeld, die Erarbeitung von Beschlussvorlagen für Verwaltung und Stadtrat sowie das Verfassen von fachlichen Stellungnahmen und deren Publikation.

Förderung eines gesellschaftspolitischen Diskurs zu den Themen der Fachstelle in der Stadtgesellschaft.

Unterstützung und Kooperation mit Akteurinnen und Akteuren der Zivilgesellschaft (Bündnisse, Initiativen, Vereine, Verbände, Kirchen). Stärkung zivilgesellschaftlichen Engagements für Demokratie und gegen Rechtsextremismus, Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Koordination und Organisation gemeinsamer Kampagnen und Informations- und Veranstaltungsreihen.

Beratung, Unterstützung und Zusammenarbeit mit Schulen, Quartiersmanagement und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe und Sensibilisierung für das Themenfeld der Fachstelle.

Beratung von Einwohnerinnen und Einwohnern sowie die Vermittlung von Beratungsangeboten. Ebenso für Vereine, Initiativen und Unternehmen (etwa im Hotel- und Gaststättengewerbe zum Umgang mit Anmietungen durch Rechtsextreme).

Organisation und Durchführung von Fortbildungen, Fachvorträgen, Workshops und öffentlichen Diskussionsveranstaltungen.

Koordination der Umsetzung des Aktionsplans der European Coalition of Cities against Racism (ECCAR), insbesondere Thematisierung von Rassismus und Diskriminierung in der Verwaltung.